

## Eine sichere Schweiz für alle

### Massnahmenpaket für mehr Sicherheit, die Bekämpfung des Drogenhandels und die Behebung von Justizmängeln

---

Mit der tiefsten Kriminalitätsrate Europas galt die Schweiz bis anhin als Vorbild in der Sicherheitspolitik. Im Hinblick auf die 8-Millionen-Schweiz hat sich die Situation dramatisch verändert und was viele als Gefühl der Unsicherheit bezeichneten, ist heute leider Realität: Bei schweren Vergehen wie Einbrüchen belegt die Schweiz den 8. Platz in Europa, stellt aber am wenigsten Polizisten pro Einwohner. Um den Problemen von Kriminalität, Brutalität und Drogen zu begegnen, hat die FDP.Die Liberalen ein Massnahmenpaket zur Stärkung der Sicherheit der Bevölkerung erarbeitet – aus Liebe zur Schweiz.

#### 1. Einleitung

Die Schweiz konnte sich seit jeher ihrer guten Sicherheitslage rühmen, doch heute ist diese nicht mehr als ein Mythos. Heute, wo die Schweiz die Marke von 8 Millionen Einwohnern erreicht hat, sind die Sicherheitsprobleme umso bedeutender. Untersuchungen zeigen einen beunruhigenden Höchstwert der Kriminalität. Wie eine Studie<sup>1</sup> belegt, ist die Zahl der Einbruchopfer von 5.1% in den Jahren 2000-2004 auf 7.1% (2006-2010) gestiegen. Bei den schweren Körperverletzungen stieg sie in denselben Zeitintervallen gar von 7.2% auf 10%. Während die Schweiz im Jahr 1984 noch den letzten Platz der europäischen Kriminalitätsstatistik belegte, liegt sie heute knapp über dem europäischen Schnitt.

Gleichzeitig boomt der Drogenhandel in der Schweiz und setzt nach aktuellen Schätzungen von FedPol bis zu einer halben Milliarde Franken um. Schweizer Städte halten gar den Rekord mit dem grössten Drogenkonsum in Europa. Dieser geht mit steigender Gewalt und einem florierenden Drogenhandel einher. Die Polizei ist notorisch unterbesetzt. Trotz der grossen Nachfrage seitens der Kantone und Gemeinden ist die Zahl der Polizisten pro Einwohner zu schwach, um im Hinblick auf die dramatische Sicherheitslage wirksam Schutz bieten zu können.

FDP.Die Liberalen nimmt diesen Niedergang der Sicherheit nicht länger hin. Damit wir gerade in urbanen Gebieten die Probleme der grassierenden Gewalt und des unkontrollierten Drogenhandels in den Griff kriegen, muss dringend gehandelt werden. Dem lähmenden Gutmenschentum der Linken auf der einen Seite und der manischen Ausländerhetze der SVP andererseits hält die FDP vernünftige und pragmatische Lösungen entgegen. Das Drogenproblem kann mit seinen Auswirkungen auf die anderen Bereiche der Sicherheit nicht isoliert betrachtet werden. Es braucht ein koordiniertes Massnahmenpaket, das auf allen Ebenen greift.

---

<sup>1</sup> Martin Killias et al. (2011), Studie zur Kriminalität und Opfererfahrungen der Bevölkerung im Kanton Bern. Analysen im Rahmen der schweizerischen Opferbefragung 2011, Universität Zürich: Kriminologisches Institut.

## 2. Massnahmen und Forderungen der FDP. Die Liberalen

### 2.1. Kleinkriminelle und Wiederholungstäter

Obwohl ein grosses Sicherheitsrisiko besteht, werden zahlreiche von der Polizei angehaltene Verbrecher kurz nach der Festnahme wieder freigelassen. Warum? Für die Anordnung einer Untersuchungshaft braucht es eine solide, mit Beweisen untermauerte Begründung des Tatverdachts. Der Arbeitsaufwand der Staatsanwaltschaft zur Erbringung dieser Beweise ist enorm. In unzähligen Fällen ist eine Untersuchungshaft zwar berechtigt, doch können die nötigen Beweise in der kurzen Frist zwischen der Festnahme und der Anordnung von Zwangsmassnahmen nicht erbracht werden. Dies beispielsweise bei Gruppentätern, bei der sich die Staatsanwaltschaft lediglich auf die Verurteilung der Hauptakteure konzentrieren kann. Eine Verlängerung dieser Fristen – selbstverständlich im Einklang mit den Grundrechten und der europäischen Menschenrechtskonvention – würde diesem Problem effizient entgegenwirken.

Auch nimmt das aktuelle Strafprozessrecht nicht genügend Rücksicht auf die besonderen Umstände bei Kleinkriminellen. Diese werden oft vorzeitig aus der Untersuchungshaft entlassen. Im Prozess werden nämlich keine speziell auf die Kleinkriminalität zugeschnittenen, beschleunigten Verfahren angewandt. Urteil und damit verbundene Strafe werden erst mehrere Monate nach der Tat ausgesprochen und die Betroffenen können zwischenzeitlich untertauchen. Diese Frist zwischen Tat und Verurteilung muss verkürzt und besser geregelt werden, um effizient gegen die Kleinkriminalität vorzugehen.

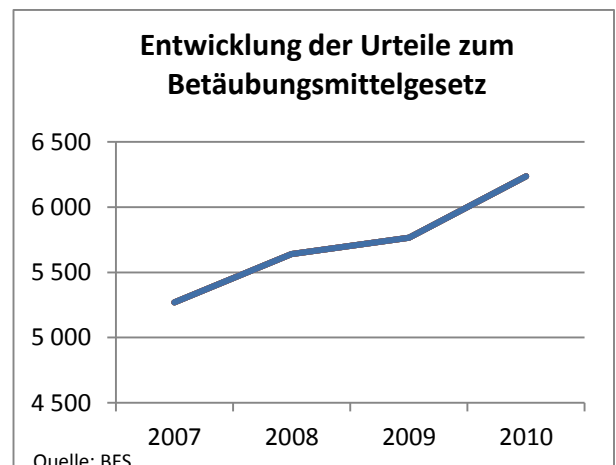
#### Unsere Forderungen:

- › Eine neue, besser passende Definition von Wiederholungstätern
- › Verdächtige sollen nicht wegen Verfahrensproblemen freigelassen werden
- › Beschleunigte und einfachere Verfahren bei Kleindelikten und in-flagranti-Delikten

### 2.2. Der effiziente Kampf gegen Drogen

Statistiken zeigen das Drogenproblem der Schweiz klar auf – wie etwa der kürzlich erlangte Schweizer Rekord im Kokainkonsum, gemessen anhand einer Abwasser-Analyse.<sup>2</sup> Auf die Verschlechterung der Situation in Bezug auf Betäubungsmittel und Drogen deuten mehrere Indizien hin:

- Der Kokainpreis sank in den letzten Jahren stetig und führte so zu einer „Demokratisierung“ des Kokainkonsums. Der Umsatz im Kokainmarkt beläuft sich heute zwischen 370 Millionen bis zu 520 Millionen Franken (gemäss FedPol).
- Das Schweizer Rechtssystem erschwert die Festnahme von Kleindealern:
  - Geldstrafen sind zu niedrig, als dass sie Dealer abschrecken könnten;
  - Die Rechtsprechung spricht erst bei einem Besitz von mindestens 18 Gramm Kokain, das heisst 80 (!) für den Verkauf abgefüllte Tüten, von einem schwerwiegenden Fall. Das ist realitätsfremd, denn Dealer tragen meist nur wenige Tüten bei sich.



<sup>2</sup> Analyse der eawag (Eidgenössisches Institut für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz) und der Universität Bern

### Unsere Forderungen:

- › **Höhere und abschreckende Strafen für Drogenhändler und zwar unabhängig von der Menge und dem Ort des Verkaufs**
- › **Effiziente Präventionskampagnen gegen Drogen, die insbesondere junge Menschen ansprechen**

### Unsere Massnahmen:

- › **Eine parlamentarische Initiative zur Abschaffung oder zur subsidiären Verhängung von Geldstrafen ([08.431](#))**
- › **Eine Motion für die Verabschiedung eines Rechtshilfeabkommens mit Nigeria zum gemeinsamen Kampf gegen den Kokainhandel ([12.3674](#))**

## 2.3. Mängel im Justizsystem

Die zunehmende Gewalt gegenüber Ordnungshütern ist in den letzten Jahren zum Problem geworden. Diese Gewalt ist inakzeptabel, denn sie greift direkt den Rechtsstaat an. Gemäss FedPol und den verschiedenen Polizeikörpern ist die Zahl der Verletzungen gegen Art. 285 StGB („Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte“) in den Jahren 2000 bis 2008 von 774 auf 2024 Fälle angestiegen. Dies entspricht einer Erhöhung um 160 Prozent! Diese Entwicklung hat sich in letzter Zeit dermassen zugespitzt, dass Patrouillen in den schlimmsten Quartieren von Zürich für die Polizisten zur realen Gefahr geworden sind.

Zusätzlich zählt die Schweiz sehr wenig Polizisten pro Einwohner: lediglich 16'000 Polizisten für 8 Millionen Einwohner. Belgien verfügt über 38'000 Polizisten bei 11 Millionen Einwohnern, die Stadt New York über 40'000 Polizisten bei 7 Millionen Einwohnern. Mit dem Bevölkerungswachstum würde die Schweiz mindestens 700 Polizisten mehr benötigen, damit die aktuelle Polizeidichte pro Einwohner im Jahr 2020 aufrechterhalten werden kann. Nicht nur die Zahl der Polizisten, sondern generell der Justizapparat (Gerichte, Gefängnisse etc.) sind oft unterdotiert, vor allem wenn man die Steigerung der Kriminalität betrachtet. Ohne eine Verstärkung der Mittel könnte das Justizsystem lahm gelegt werden.

Schliesslich muss die zunehmende Tätigkeit ausländischer Banden in der Schweiz erwähnt werden. Dieses Phänomen breitet sich zurzeit über die Romandie aus, bedroht aber als neue Form der organisierten Kriminalität die ganze Schweiz. Als Antwort bieten sich zwei komplementäre Lösungen an: Die Rückkehr zu kurzen Freiheitsstrafen und eine intensivere Zusammenarbeit der Polizeikörper einerseits sowie zwischen den verschiedenen kantonalen Justiz- und Polizeidepartementen andererseits. Letzteres hat sich beispielsweise im Vallée de Joux (VD) bereits bewährt.

### Wir unterstützen:

- › **Härtere Urteile gegen Personen, die Beamten oder Behörden drohen.**
- › **Eine Erhöhung der Mittel für den gesamten Justizapparat, um der steigenden Kriminalität zu begegnen. Dies hat durch die dafür zuständigen kantonalen Parlamente zu erfolgen, welche die unterschiedliche Brisanz der Lage zu berücksichtigen haben.**
- › **Die Förderung einer engeren Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zwischen Polizeikörpern, Kantonen, Bund (eingeschlossen Grenzwächter) sowie Nachbarländern.**